

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Seitensprecher Nr. 63.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

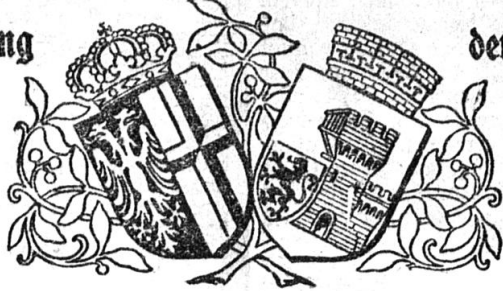
Seitensprecher Nr. 63.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und Festtage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 6.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Telegraphische Adressen.

Postfach-Adressen 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gelbte Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gelbte Reklamazeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 148

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 1. Juli 1921 (Theobald)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. 48. Jahrgang

Wie die Polen Oberschlesien räumen. — Attentat in Belgrad.

Deutschlands diplomatische Lage.

Wir lesen in der „Essener Volkszeitung“: Griechenland hat die Vermittlung der Entente abgelehnt und will den Kampf gegen die Türkei auf eigene Faust weiterführen. Das bezieht unsere Interessen nicht unmittelbar, da Kleinasien sehr weit und Asien auch noch recht weit von Deutschland abliegen. Aber mittelbar geht diese Stimmung auch uns an, und zwar wegen der bekannten Gefahr, daß Oberschlesien zum Ausverkauf gemacht werde, wenn sich England, Frankreich und Italien über ihre orientalischen Interessen ausbenden.

In Griechenland ist dieselbe Krankheit ausgebrochen, die sich in fast allen Ländern geltend macht, wo man sich für „Sieger“ hält. Die Griechen wollen nicht auf die Grobheiten verzichten, die ihnen im Vertrag von Sevres versprochen sind, und auch die gegenwärtige Regierung muß mit dem Großmächten rechnen und mit der entsprechenden Begehrlichkeit, die in den tonangebenden Kreisen herrschen. König Konstantin, der früher häufig seine Besonnenheit bewiesen hat, scheint sich den Widerstand gegen diese Stimmung nicht zu leisten und das Schauspiel des zweiten Krieges nicht verhindern zu können. Die Folge davon ist, daß in Kleinasien und im Rest der europäischen Türkei die Ordnung der Dinge verzerrt wird und die Grundlage für die Aufstellung der griechischen Gebietsforderungen ungewissen wird. Die Entente ist also gezwungen, entweder abzuweichen, was bei der neuen Konstellation schließlich herauskommt, oder ihre Konzepte schließlich aufzugeben, was bei der neuen Konstellation ebenfalls herauskommt, was bei der neuen Konstellation ebenfalls herauskommt.

Also wird auf jeden Fall die Lösung des orientalischen Problems verzögert? Soll nur die Entscheidung über die obersteinsten Verhältnisse einseitig hingenommen werden? Dem französischen Willen möchte das vielleicht passen, denn ihr Ministerium wird bereits schon seit Monaten eine systematische Verdrängungspolitik und hat dabei bisher viel Erfolg gehabt. Sowohl in der obersteinsten Angelegenheit als auch in Sachen der Sanctionen am Rhein, die noch immer aufrecht erhalten werden, obwohl die Ursache derselben (das Scheitern der Londoner Konferenz) durch die nachträgliche Annahme des Ultimatus ausser Acht worden ist. Frankreich hält hartnäckig alles fest, was es an wirtschaftlichen oder vermeintlichen Machtmitteln in der Hand hat, und sucht durch die Verdrängung der französischen Interessen in England und in anderen Ländern zu wirken.

Es fragt sich nun, ob Lloyd George sich diese Geduldprobe noch weiter gefallen läßt. Wenn er gesteht, daß die Entscheidung über Oberschlesien und über die Sanctionen am Rhein hingenommen werden bis zum höchsten unzulässigen Maß der orientalischen Willkür, dann ist die Niederlage der englischen Politik evident. Daher sollte man denken, daß England mit endlich energischer Befolgung mußte auf dem rechtzeitigen Zusammentritt der Bonaparte Konferenz und auf sofortiger Beschlußfassung wegen der schwebenden Fragen, die Deutschland und die Bevölkerung von Mittel- und Ost-Europa betreffen. Aber wer weiß, ob die jähren und geschickten Franzosen nicht doch noch weitere Kompromisse finden, um ihre Verdrängungspolitik fortzusetzen, z. B. durch die Verdrängung von weiteren „fachverständigen“ Einwirkungen und Vorberhandlungen.

Das Ziel dieser Staatskunstler bleibt offenbar, England zur Auslieferung des besten Teiles von Oberschlesien an die Polen zu veranlassen unter der Aussicht auf jugoslawische Frankreich im Orient. Im Hintergrunde wirkt dabei die Drohung mit, daß Frankreich sich entschieden auf die Seite von Nordamerika gegen England stellen könnte, wenn England den Parteien nicht Deutschland ausliefern würde.

Gegenüber dieser Bedrohung unserer wichtigsten Interessen finden wir keine Unterstützung, weder bei Italien, noch bei Nordamerika, dessen neue Regierung sich durch das Verschleppen des Friedensschlusses mit Deutschland schon genügend gekennzeichnet hat.

Also bleiben trotz der Meinungen vom Beginn der „Räumung“ in Oberschlesien die Aussichten trübe, die Zukunft dunkel.

Oberschlesiens Räumung.

Berlin, 30. Juni. Im allgemeinen räumen die Formationen der Aufständigen die Zonen in Oberschlesien nach dem vorgeschriebenen Plan. Indes hat ein großer Teil der Banditen zwar die Waffen niedergelegt, verstreut, ist aber in den Dörfern der geräumten Zone zurückgeblieben. Es befinden sich in den verschiedenen Gemeinden, so besonders in Hindenburg, noch hunderttausende in ihrer Uniform und polnische Aufständische mit ihren Waffen, dem weissen Haken. Diese kontrollieren zum Teil noch die elektrischen Bahnen und die Eisenbahnen z. B. auf der Strecke Gleschütz-Zost-Groß-Streik.

Bei Schironeau tauchten plötzlich im Rücken des abziehenden deutschen Selbstschutzes starke bewaffnete Aufständische auf. Der deutsche Selbstschutz wollte daraufhin seinen Abzug einstellen, doch wurde durch Vermittlung des englischen Kreisontrollieurs, der englische Truppen zur Vertreibung der Aufständischen vorschickte, der Zwischenfall beigelegt. Nach dem Eintreffen der Verbände wurden die Aufständischen in die polnische Zone vertrieben. Die polnische Regierung hat die Verhaftung der Aufständischen in der polnischen Zone befohlen.

Das „Journal officiel de la Haute-Silésie“ veröffentlichte unter dem 25. Juni die Verordnung der Internationalen Kommission, gezeichnet von General Verard, zur Abgrenzung der Gemeindegrenzen, jedoch ohne eine genauere Bestimmung der Bedingungen, unter denen die Wahlberechtigung aufgenommen werden sollte. Bis zum Beweis des Gegenteils besteht die begründete Befürchtung, daß in diese Gemeindegrenzen sich auch ehemalige Korfantiyabanden einschleichen könnten.

Dank den Wehrern

München, 30. Juni. Ministerpräsident v. Kahr erließ an den Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns eine Rundschreiben, in welcher er den Einwohnerwehren und ihrem Organisator für die vaterländische Pflichterfüllung dankt. Es heißt darin: „Aus dem Reichsgesetz des bayerischen Wehrdienstes, haben die freiwilligen bayerischen Einwohnerwehren dank ihrer vorzüglichen Organisation und zielbewußten Führung an der Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit und an der fittlichen und vaterländischen Erziehung des Volkes in hervorragender Weise mitgearbeitet. Nicht bloß das bayerische Volk, sondern auch viele Kreise des übrigen Deutschen Reiches erblicken in den bayerischen Einwohnerwehren das feste Bollwerk gegen jede Unruhmacht und die sichere Grundlage für die Wiedergewinnung aus schwerer Krankheit.“

Der Aufsichtsrat.

Berlin, 30. Juni. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen hat der Garantenausschuss der deutschen Regierung fünf Noten übermittle, worin er zu den deutschen Vorschlägen Stellung nimmt. Die erste Note behandelt allgemeine Fragen der erforderlichen Leistungen, ihre Höhe und die einzelnen Zeitpunkte der Erfüllung im Geschäftsjahr, das vom 1. Mai 1921 bis zum 30. April 1922 läuft, und in den zukünftigen Jahren. Die von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge werden unter gewissen Vorbehalten für das laufende Jahr angenommen. Weiter betont die Note die Notwendigkeit, den Kurs der Mark zu festlegen und hierzu den Staatshaushalt durch eine Finanzreform ins Gleichgewicht zu bringen.

Die zweite Note beschäftigt sich mit dem Begriff „Ausfuhr“ und mit dem Versuch der deutschen Regierung, den Ausfuhr durch einen anderen Wertmesser für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu ersetzen. Hier wird die endgültige Entscheidung über die Wiederherstellungsausschuss auf Grund weiterer Vorschläge der deutschen Regierung vorbehalten.

In der dritten Note wird die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 25 v. H. befohlen. Der Garantenausschuss behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe zum Zwecke der Beschaffung von Devisen zu verlangen, wenn die anderweitige Beschaffung der Devisen zum Zwecke der Erfüllung der schwebenden Leistungen des Zahlungsplanes zu Schwierigkeiten führen sollte.

In der vierten Note wird bemerkt, daß der Garantenausschuss auf die Verschärfung der Zoll-einnahmen vorläufig nicht verzichten könne, trotzdem die deutsche Regierung als Ersatz das Auskommen gewisser Steuern vorgeschlagen hat. Es wird jedoch bis auf weiteres auf der vorliegenden Anfrage bei beschleunigten Verhandlungen von Seiten lediglich eine Mitteilung über die vollkommene Vervollständigung.

In der fünften Note werden die Maßnahmen näher auseinandergesetzt, die der Garantenausschuss für notwendig hält, um sich von der richtigen Feststellung der Ausfuhrleistungen und der Einnahme der

Zölle und der etwa verpöblichen Steuern zu überzeugen.

Einer gib's dran.

Wie der R. Z. gebracht wird, veröffentlicht das Belgrader Amtsblatt eine Verordnung, wonach die fünfzigprozentige Abgabe auf die Einfuhr deutscher Waren für Südslawien aufgehoben sei.

England und Irland.

Dublin, 30. Juni. Wie Sabas meldet, hat De Valera an den ersten Minister von Nordirland Sir James Craig ein Telegramm gerichtet, worin er seinen Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Craig nicht an der Konferenz der südlichen Nationalitäten teilnehmen könne. De Valera fügt hinzu, der Vorstoß Lloyd Georges beruhe den Gedanken in sich, daß Irland nicht ein einziges ungeteiltes Ganzes, sondern in zwei Teile gespalten sei, Nordirland mit sechs und Südirland mit 26 Bezirken. Daher sei der Vorschlag in dieser Form nicht annehmbar. Die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Irländern müssen beigelegt werden und können das auch nach seiner Ansicht, und zwar auf nationalem Boden, d. h. in Irland selbst. Es sei klar, daß bei der Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien die Vertretung Irlands nicht in zwei Gruppen gespalten sein dürfe. Diese müsse im Gegenteil wie ein einziges Ganzes handeln gemäß den Grundsätzen, die alle ihre Mitglieder teilten.

Das „Journal“ erzählt aus London, daß De Valera, nachdem Craig eine Botschaft mit ihm abgegeben habe, es seinerseits abgelehnt hat, nach London zu kommen und die Einladung Lloyd Georges anzunehmen.

Die Botschaft in London entdeckte eine Verschwörung der Sinn-Freier gegen das Leben von Winston.

Der konservative „Globe“ fordert Sir James Craig auf, die Ablehnung der von De Valera vorgeschlagenen Konferenz in Dublin zurückzunehmen, da faktisch Irland selbst einig geworden müsse, ehe ein Friede mit England möglich sei.

Bombenattentat auf den serbischen Prinzregenten.

Berlin, 30. Juni. Nach einer Meldung der Voss. Ztg. aus Belgrad wurde gestern ein Attentat auf den Prinzregenten Alexander von Serbien verübt. Als der Prinzregent nach der Gedenkfeier auf die Verfassung der Nationalversammlung verließ, warf ein Mann von einem Baumstamm herab eine Bombe gegen den Wagen, in dem der Prinzregent und der Ministerpräsident Pajitch saßen. Die Bombe flog gegen eine Telegraphenstange und explodierte in der Luft. Der Prinzregent und Pajitch blieben unverletzt. Es wurde aber eine Person schwer und sechs leicht verletzt. Der Attentäter wurde festgenommen. Er erklärte, der böhmisch-slowakische Partei anzugehören und seine Tat selbst befohlen zu haben.

Nach neueren Meldungen bestätigt sich die Annahme, daß es sich nur die Tat eines Einzelnen handelte, nicht. Im Laufe des gestrigen Tages sind weitere drei Personen verhaftet worden. Unter den Verdächtigten befindet sich der schweizerische Professor Voisje.

Türken und Griechen.

Paris, 30. Juni. Wie Sabas aus Konstantinopel mitteilt, beschäftigen sich die Nachrichten aus Kleinasien, daß die Türken die Offensive ergriffen haben. Auf der Front von Kasim und Anafis hätten sie schon einige Siege davongetragen. Andererseits sollen nach einer Nachricht aus Ispahan die Griechen eine Niederlage am Schor von Nischat erlitten haben. Die 18. griechische Division sei vollkommen zerstört und von der türkischen Kavallerie verfolgt worden.

Verschönerung „gegen die Allierten.“

London, 30. Juni. Die „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel: Die von Moskau geleitete große Verschönerung gegen die Alliierten wurde in Konstantinopel entdeckt. Der Aufstand sollte zusammenhängend mit dem Angriff der Rumelien von der asiatischen Seite aus erfolgen. Hundert Tausende wurden in verschiedenen Städten von den britischen Militärbehörden verhaftet und an Bord eines Kriegsschiffes gebracht. Soldaten, Privat- und Geschäftsmänner wurden durchsucht und revolutionäre Kundmachungen in drei Sprachen gefunden. Unter den Verhafteten befinden sich drei jüdische Kommunisten und die gesamte böhmisch-slowakische Handelskommission.

Die Einheitsbewegung des Islams.

Die Frankfurter Zeitung meldet: Sultan Achmed Khan, der außerordentliche Gesandte Afghanistans in Angora, hat einem

Schriftleiter der in Trapezunt erscheinenden Zeitung „Istikbal“ folgende Erklärung abgegeben: „Die nationale Bewegung in Anatolien hat in Afghanistan die besten und tiefsten Eindrücke hervorgerufen. Alle Afghanen schätzen die nationale Bewegung so ein, daß sie die Befreiung der islamitischen Welt zu sichern geeignet ist und verlangen: Erkennt die Türkei als den führenden Staat an, dann ist sie bereit, sich für den Islam zu opfern! Alle Muselmanen und die ganze orientalische Welt müssen fest zusammenstehen um die Regierung von Angora. Zwischen Afghanistan und England bestehen keinerlei Abkommen. Die Erhebung der In der macht von Tag zu Tag Fortschritte. Die muslimanische Welt hat sich auf sich selber besonnen. Der Emir der Afghanen hat bei der Thronbesteigung seinen Degen gezogen und erklärt, er werde ihn nicht eher in die Scheide stecken, bis die Unabhängigkeit Afghanistans gesichert sei.“

Das Wettrennen um die Welt.

London, 30. Juni. Die britische Regierung gibt bekannt, sie sei überrascht zu hören, daß der Sultan von Marokko den Ausbau des Hafens von Tanger Frankreich übertragen habe. Der Sultan habe kein Recht hierzu, und England werde mit Spanien Einspruch dagegen erheben.

Die Kriegswirtschaftspest.

Berlin, 30. Juni. Die Reichsgüterstelle hat, wie der Verein gegen das Festhalten, unter diesen Umständen, ihren stellvertretenden Reichsamt für Wirtschaftsverwaltung verhaften lassen. Becht hatte dem Berliner Kaufmann Ludwig G. Gschmann im März gegen ein Festhaltungsgeld von 180 000 Mark eine gestrichelte Einfuhrgenehmigung für 450 000 Mark Auslandsmehl erteilt. Auf Anordnung des Reichsernährungsministers ist eine umfassende Prüfung aller in den letzten Jahren erteilten Einfuhrgenehmigungen vorgenommen worden.

Die Neubildung des italienischen Kabinetts.

Rom, 30. Juni. Der König empfing Giolitti und forderte ihn, den Wäutten zufolge, auf die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Giolitti soll sich die Antwort vorbehalten haben, nach neueren Meldungen aber abgelehnt sein.

Papst-Stiftung für deutsche Akademiker.

Dem von Professor Dr. Wottered in Leipzig organisierten Hilfsverein für lungenkranke deutsche Akademiker, das die Anlage eines besonderen Sanatoriums bei Birken plant, überwieht laut einer Mitteilung der „Kölnischen Volkszeitung“ der Heilige Vater 200 000 Lire.

Frankreich in Südamerika.

Aus Rio de Janeiro wird geschrieben: Zu der plötzlichen Schließung der „Französischen Bank für Brasilien“ veröffentlicht die brasilianische Presse nicht gerade schmeichelhafte Kommentare an die Adresse der Franzosen. Welchen Schaden der französische Kredit in Brasilien erlitten hat, beweist der Umstand, daß auch bei allen übrigen Banken große Einlagen abgehoben und auf anderen Banken in Sicherheit gebracht sind.

Die französischen Finanzblätter suchen nun nach einem Grunde. Wer ist der Nebelstäter? Das kann nur Deutschland sein! Deutschland ist wieder einmal seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen und hat überall im Ausland den Franzosen das Wasser abgegraben.

Zu diesem Unglück für Frankreich kommt noch gleichzeitig das Risiko der französischen Revisions- und Instruktionsoffiziere in der brasilianischen Armee. Die französische Militärrevision, deren Opfer der Generalstab General Bento Ribeiro und andere höhere Offiziere geworden sind, hat eine ungemein scharfe Erbitterung unter den brasilianischen Offizieren hervorgerufen, die trotz persönlicher Sympathie in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Verschiedene Zeitungen verkünden, daß der brasilianische Kriegsminister Calazera durch Vermittlung der französischen Offiziere große Mengen, für die Armee zum Teil völlig unbrauchbare Sachen gekauft habe. Einige der französischen Offiziere beschuldigt man des Diebstahls, der Schließung des Schmutzels. Dagegen hat die zuständige Behörde noch nichts unternommen.

